



Zehntausende Menschen demonstrierten am vergangenen Sonntag im Berliner Tiergarten gegen den Krieg in der Ukraine.

SEAN GALLUP/GETTY

Das deutsche Fiasko

Mit Russlandverklärung und ökonomischer Selbstsucht machte sich die deutsche Politik zur Kollaborateurin der russischen Kriegslogistik. Scholz' Kehrtwende ist ein Offenbarungseid. Gastkommentar von Stephan Bierling

Angesichts des russischen Überfalls auf die Ukraine und massiven internationalen Drucks verkündete Kanzler Olaf Scholz am 27. Februar den dramatischsten sicherheitspolitischen Kurswechsel in der Geschichte der Bundesrepublik. Innerhalb weniger Minuten warf er alles über Bord, was das Land seit der Wiedervereinigung als sakrosankt betrachtet hatte: das Verweigern von Waffenlieferungen in Krisengebiete, das Marginalisieren der Bundeswehr, den Primat guter Geschäfte über Bündnissolidarität.

Die Ansprache des Kanzlers war zugleich die Bankrotterklärung von 25 Jahren Berliner Ostpolitik. Zwar haben alle grossen Demokratien Moskaus Aggression befördert: durch Naivität, politischen Wankelmut und moralische Gleichgültigkeit. Die USA vernachlässigten Osteuropa, Trump hofierte Putin, Grossbritannien liess zwielichtige russische Oligarchen ins Land, Frankreich wollte über Sonderbeziehungen zum Kreml die eigene aussenpolitische Rolle aufblähen. Aber kein Staat hat eine katastrophalere Bilanz als Deutschland.

Systematisches Versagen

Alle Parteien, alle führenden Politiker der Bundesrepublik haben Putin seit seinem Amtsantritt 1999 falsch eingeschätzt. Kanzler Schröder feierte mit ihm Weihnachten und erklärte ihn zum «lupenreinen Demokraten». Aussenminister Steinmeier wollte ihn mit einer «Modernisierungspartnerschaft» an den Westen binden und rechtfertigte, später auch noch als Bundespräsident, deutsches Appeasement angesichts von Moskaus Aggressionspolitik mit einer besonderen historischen Schuld gegenüber Russland. Die damalige Bundeskanzlerin Merkel erklärte das Offenhalten von Kommunikationskanälen mit dem Kreml zum Selbstzweck – trotz dessen Militärinterventionen in Georgien, Syrien und der Ukraine.

Das alles waren nicht nur individuelle Fehler, vielmehr dokumentiert es ein systematisches Versagen der politischen Klasse. Zugrunde lag ihm eine Ignoranz gegenüber den Spielregeln der internationalen Politik, die sich durch alle Parteien und grosse Teile von Öffentlichkeit und Medien zog.

Seinen Angriff auf die Ukraine finanziert Putin auch mit dem Geld aus den Gas- und Ölverkäufen an die Bundesrepublik.

Dass AfD und Linke Putin so lange huldigten, verwundert am wenigsten, liegt es doch in ihrer DNA. Die AfD findet alles attraktiv, was nach reaktionären Werten, Ethnonationalismus und Führerkult riecht. Die Linke mit Gregor Gysi und Sahn Wagenknecht an der Spitze war als Erbin der SED wie ein Pawlowscher Hund darauf konditioniert, Moskauer Propaganda wiederzukäuen, wenn Putin mit dem Glöckchen klingelte. Die beiden Parteien verbindet ihr Antiamerikanismus. Individuelle Freiheit, Leistungsgesellschaft, möglichst wenig Staat, universelle Menschenrechte – das sind die klassischen Feindbilder ihrer auf Rasse oder Klasse gründenden kollektivistischen Phantasien.

Mehr überraschte die Kremlphilie von SPD und CDU/CSU. Während der 23 Jahre Putin-Regiment waren die Sozialdemokraten 19 Jahre, die Union 16 Jahre an der Regierung, 12 Jahre davon sogar gemeinsam. Sie tragen deshalb die Hauptverantwortung für das Fiasko der deutschen Ostpolitik. Die Haltung der SPD ist diesbezüglich einfacher zu erklären. Sie hatte stets einen starken pazifistischen, USA- und Allianz-feindlichen Flügel, der schon Helmut Schmidt 1981 beim Nato-Doppelbeschluss die Gefolgschaft versagte und den Sturz des damaligen Bundeskanzlers herbeiführte. Der wirkliche Held der Partei blieb stets Willy Brandt, dessen Entspannungspolitik sie bis heute als zentral für die Überwindung des Kalten Krieges feiert. Dabei war der wahre Grund hierfür die Standfestigkeit Ronald Reagans und Helmut Kohls, welche die Nachrüstung trotz massiven Widerständen vorantrieben und so der Sowjetunion klarmachten, dass ihr Konfrontations- und Einschüchterungskurs zum Scheitern verurteilt war.

Dialog und Verflechtung

Nach Putins Machtübernahme belebte die SPD ihre «idée fixe» wieder, man könne das aussenpolitische Kalkül des Kremlherrn und die innenpolitische Entwicklung Russlands durch Dialog und ökonomische Verflechtung beeinflussen.

Die CDU und ihr Provinz-Sidekick CSU schlossen sich dieser Politik an, weniger aus Überzeugung denn aus Bequemlichkeit. Der mit ihnen verban-

deltete mächtige Ostausschuss der deutschen Wirtschaft war an Profiten interessiert, da lieferte die Wandel-durch-Handel-Ideologie, wie Marx sagen würde, den passenden Überbau. Keiner bestätigte die Prinzipienlosigkeit des deutschen Big Business besser als der Siemens-Chef Joe Kaeser, als er Putins brutale Annexion der Krim 2014 als «kurzfristige Turbulenz» in den Geschäftsbeziehungen verharmloste.

Die Unionsparteien fügten sich widerstandslos in das Traumbild ein, es gebe keine grundlegenden Interessenkonflikte zwischen Staaten, Machtpolitik sei überwunden, alles Militärische von vorgestern. Despoten liessen sich durch Entgegenkommen besänftigen. Angela Merkel verkörperte als Bundeskanzlerin diese postmoderne Illusion perfekt, in der das Streben nach Beliebtheit in Beliebigkeit mündete, der Bevölkerung materiell und intellektuell nichts zugemutet werden durfte und Krisen ausgesessen werden konnten.

Niedergang der Bundeswehr

Auch Grüne und FDP taumelten freudig mit ins sicherheitspolitische Nirwana, oft sogar ganz vorne. Nach dem Abgang Joschka Fischers, der seiner Partei Realitätssinn einzuhauchen versucht hatte, fielen die Grünen in ihre alten Pazifismus- und Frieden-durch-Reden-Plattitüden zurück. Und alles, was die FDP unter Aussenminister Guido Westerwelle (2009–13) zur deutschen Sicherheitspolitik beitrug, waren Forderungen nach Abzug amerikanischer Atomwaffen aus der Bundesrepublik und mehr Abrüstung – zu einer Zeit, als Putin sein Militär bereits entschlossen auf Blitzinvasionen und hybride Kriegführung hochrüstete.

Nirgendwo wurde der Widerwille, nüchtern über Sicherheit und Osteuropa nachzudenken, deutlicher als bei der Ausstattung der Bundeswehr. Es scheint fast, als hätten die Parteien in Berlin mit dem Machtantritt Putins kollektiv beschlossen, das deutsche Militär zu ruinieren. In den vergangenen 23 Jahren stellten die SPD 6, die Union 16 Jahre die Verteidigungsminister. Zog das Amt im Kalten Krieg politische Schwergewichte wie Franz Josef Strauss oder Helmut Schmidt an, fand sich bei den Koalitionsverhandlungen 2021 niemand, der den Job wollte. Letztlich fiel das Ministerium wie eine heisse Kartoffel an die SPD. Diese erbt ein heruntergewirtschaftetes, kaum einsatzfähiges Militär. 2017 hatten Waffen und Geräte aus mehreren Brigaden zusammengeschnürt werden müssen, um 450 Soldaten kampftauglich nach Litauen zu entsenden. Ihnen fehlen heute, kein Witz, wärmende Jacken und Unterwäsche und, wegen der Fundamentalopposition der SPD, Kampfdrohnen.

Als der ukrainische Präsident Selenski vor fünf Wochen angesichts von Putins Truppenaufmarsch in Berlin verzweifelt um Schutzwesten nachsuchte, lehnte die Bundeswehr ab. Sie hatte nicht einmal genug für die eigene Truppe. Zumindest schickte sie 5000 der erbetenen 100 000 Helme – zwei Tage nach dem russischen Überfall.

Geopolitisches Einmaleins

Was freilich am schlimmsten war: Berlin kompromittierte bedenkenlos die Sicherheit der Ukraine, der grössten und wichtigsten osteuropäischen Demokratie. Schon 2012 schrieb der amerikanische Politikwissenschaftler und Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski hellseherisch: «Ohne die Ukraine hört Russland auf, ein Imperium zu sein, aber wenn die Ukraine unterworfen und dann untergeordnet ist, wird Russland automatisch zu einem Imperium.»

Im Umkehrschluss heisst das: Ohne eine souveräne Ukraine ist die Sicherheit Osteuropas nicht dauerhaft zu gewährleisten. Solch geopolitisches Einmaleins war in Deutschland jedoch verpönt. Sonst wären weder Nord Stream 1 von einer rot-grünen noch Nord Stream 2 von einer schwarz-gelben Koalition genehmigt worden. Der grösste Fehler bei Nord Stream war nicht einmal, eine gemeinsame EU-Energiepolitik zu unterlaufen, die eigene Abhängigkeit von russischem Gas enorm zu erhöhen, sich erpressbar zu machen und Kiew einer garantierten Einnahmequelle für die Nutzung der bestehenden Pipeline zu berauben. Viel desaströser war, dass Deutschland seine und Europas Sicherheit von der Ukraine abkoppelte.

Mit einem Mix aus ideologischer Russlandverklärung und ökonomischer Selbstsucht zerstörte Berlin das wichtigste, fast einzige strategische Pfand Kiews: als Gas-Transitland aufs Engste mit dem Rest des Kontinents verwoben zu sein. So dreist wie intellektuell dürftig erklärten drei Kanzler Nord Stream zu einem «privatwirtschaftlichen Projekt». In Wahrheit machten sie sich zu Kollaborateuren der russischen Kriegslogistik. Seinen Angriff auf die Ukraine finanziert Putin auch mit dem Geld aus den Gas- und Ölverkäufen an die Bundesrepublik. Scholz' Kehrtwende legt die Lebenslügen der deutschen Ost- und Sicherheitspolitik schonungslos offen.

Stephan Bierling lehrt internationale Politik mit dem Schwerpunkt USA an der Universität Regensburg. Zuletzt erschien von ihm «America First. Donald Trump im Weissen Haus» im Verlag C. H. Beck.